



**DIE LINKE
PIRATEN
PARTEI +
Kreistagsgruppe**

**Das
zweite
Jahr
Zusammenarbeit**
ein Bericht 2018

Die Gruppenabgeordneten im Göttinger Kreistag:

Fraktion Die LINKE:

Dr. Eckhard Fascher
Andreas Gemmeke
Konrad Kelm



Fraktion P2+:

Dr. Mohan K. Ramaswamy, PIRATEN
Rieke Wolters, Die PARTEI
Hans-Georg Schwedhelm, parteilos



Näheres unter:

www.linke-piraten-partei.de

Impressum:

ViSdP: E. Fascher, M. K. Ramaswamy,
Redaktion: Lisa Balkenhol
Reinhäuser Landstr. 4, 37083 Göttingen
Gestaltung: SCITEM Wissenschaftsagentur GmbH
Druck: AktivDruck & Verlag GmbH

Inhalt

All Gender Toilette	3
Pilotprojekt Bedingungsloses Grundeinkommen	3
Mehr Bürgerbeteiligung tut Not	4
Landschaftsschutz statt Naturschutz	4
NS-Geschichte: Gedenkarbeit findet kein Gehör	5
Solidarische Kommune - Ja, Bitte!	6
Glyphosat - Nein, Danke	7
Haushalt 2019 - Geld für gute Politik wäre da	7
Kreismusikschule braucht eine unbefristete Zukunft	8
Das gepalnte nds. Polizeigesetz kriminalisier Oppositionelle	9
Schulentwicklungsplanung: Es bleibt alles wie bisher	10
Seeburger See	11
Sparkassenfusionspläne - eine krachende Niederlage	12



All Gender Toilette



Eine Toilette für alle. Klingt simpel, ist es aber scheinbar nicht. Pinkeln ist Menschenrecht, weshalb wir einen Antrag für eine All Gender Toilette im Kreis-hausgebäude gestellt haben.

Die Meinung, dass der Landkreis Göttingen noch nicht so weit sei, teilen wir nicht.

Der geänderte Beschlussvor-schlag aus dem Ausschuss für

Personal, Organisationsentwicklung und Gleichstellung, der ein Antrag zur Prüfung der Kosten ist, wurde zwar von uns unterstützt, jedoch denken wir, dass es bei diesem Thema keine Frage des Geldes sein sollte.

Frei nach dem Motto: Pinkeln für alle und koste es was es wolle.

Pilotprojekt

Bedingungsloses Grundeinkommen im Landkreis

Fraktion P2+ und Konrad Kelm (die LINKE) beantragten auf der Sitzung des Kreistages am 20. Juni 2018 die Bewerbung des Landkreises Göttingen für ein Pilotprojekt zum bedingungslosen Grundeinkommen zu beschließen. Eine der vorgeschlagenen Rahmenbedingungen hieß: Keinem Empfänger von Leistungen des Staates wird weniger Geld im Rahmen des

Pilotprojektes zur Verfügung stehen als vorher. Dazu sollte der Bundestag aufgefordert werden, eine Öffnungsklausel im Sozialgesetzbuch II/XII zu schaffen.

Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens soll die unbezahlte Arbeit aufgewertet und zu mindestens „bezahlt“ werden. Unbezahlte Arbeit findet in Bereichen der Sorgearbeit (Hausarbeit, Kindererziehung/Pflege), Eigenarbeit (Bildung, Gesundheit) und Arbeit für das Gemeinwesen (ehrenamtliche Tätigkeit, bürgerschaftliche Beteiligung) statt. Ziel des Antrages war, einen Feldversuch/Pilotprojekt im Landkreis zu starten, um zu überprüfen und in der Praxis zu zeigen, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen Perspektiven eröffnet und die Menschenwürde sichert.

Konkret schlugen wir zwei Projekte vor: Zum einen die Einbeziehung allen Bewohner/innen des Landkreises, die Leistungen nach SGB II und SGB XII beziehen. Als zweites mögliches Projekt schlugen wir alternativ oder zhusätzlich vor, in einer Stadt/Gemeinde alle Bewohner in das Pilotprojekt einzubeziehen, um die Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens auf alle Gruppen festzustellen.

CDU und die Mehrheitsgruppe lehnten diesen Antrag ab, beschlossen wurde ein Wischwaschi-Antrag an den Bundestag auf Prüfung der Möglichkeit zur Erprobung von Projekten wie Bürgergeld, Grundeinkommen oder die Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme. Dieser Antrag ist zudem überflüssig, weil der Bundestag diese Prüfung längst mit positivem Ergebnis vorgenommen hat.

Die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen und diesen Antrag muss fortgeführt werden.

Mehr Bürgerbeteiligung tut Not

Unser Antrag sah vor, dass der Landkreis eine direkte Form der politischen Beteiligung mit einem Pilotprojekt entwickeln sollte. Geeignete Verfahren zu finden und sinnvoll einzusetzen, stellen Politik und Verwaltung vor vielfältige Herausforderungen, denen wir uns zu Gunsten von mehr Einwirkungsmöglichkeiten stellen wollten.

Der Landkreis Göttingen sollte eine digitale Bürgerplattform einrichten, auf der die Einwohner*innen des Landkreises Göttingen Vorschläge für Politik und Verwaltung einbringen können. Es wurden konkrete Ideen genannt wie eine Umsetzung aussehen könnte. Diese wären bei der Einrichtung nochmals überprüft und diskutiert worden, um einen geeigneten Weg zu finden.

In der Ausschussberatung wurde unter anderem behauptet, dass Bürgerbeteiligung eine Abwertung der repräsentativen Demokratie wäre. Welches haarsträubende Argument!

Wenn wir als Abgeordnete und Parlamente uns nicht auf moderne Weise den Interessen, Fragen und Vorschlägen der Bürger öffnen, bleibt den Bürgern nur der Gang auf die Straße oder Politikverdrossenheit. Oder beides.

Anstatt sich auf den Weg zu machen und mehr direkte Demokratie zu wagen, wurde der Antrag abgelehnt.

Landschaftsschutz statt Naturschutz!

Erheblich unter Zeitdruck ist der Landkreis bei der von der EU vorgegebenen Umsetzung zum Schutz seiner Flora-Fauna-Habitat (FFH) Gebiete.

In diesem Jahr ging es um die Unterschutzstellung des FFH-Gebietes Kaufunger Wald und des Göttinger Waldes. Hier prallen regelmäßig die Interessen des Naturschutzes mit denen der Nutzer wie Waldeigentümern und Forstwirtschaft aufeinander, wobei Letztere wesentlich besser organisiert und gut vernetzt mit SPD und CDU sind. In den aufwendigen Verfahren geraten dann regelmäßig die Interessen des Naturschutzes unter die Räder.

Im Juni wurde noch wenigstens ein Teil des FFH-Gebietes Kaufunger Wald unter Naturschutz gestellt. Die CDU als Lobbyvereinigung für Eigentümerinteressen forderte das gesamte FFH-Gebiet unter Landschaftsschutz zu stellen, während unsere Kreistagsgruppe für das gesamte Gebiet den Status eines Naturschutzgebietes forderte. Hier setzte sich der Verwaltungsvorschlag durch.

Im Oktober beschloss eine ganz große Koalition aus SPD, CDU, Grünen und FWLG auf Vorschlag des von einer grünen Dezernentin geführten Umweltamtes, dass das komplette Kreis-FFH-Gebiet Göttinger Waldes, dessen städtisches Teilgebiet zum größten Teil von der Stadt Göttingen unter Naturschutz gestellt wurde, lediglich den Status eines Landschaftsschutzgebietes erhalten soll. Auch hier machten wir uns die Argumente der Naturschutzverbände zu eigen und forderten vergeblich ein Naturschutzgebiet.

Die Naturschutzverbände befürchten nun, dass die jeweiligen Schutzkriterien nicht den EU-Instanzen stand halten könnten.

NS-Geschichte: Gedenkarbeit findet kein Gehör

Zur Geschichte von Zwangsarbeit in Südniedersachsen während der Zeit des Nationalsozialismus gibt es in der Berufsschule II, Godehard Str. in Göttingen, eine ständige Ausstellung. Träger der Ausstellung sind die beiden Geschichtswerkstätten aus Duderstadt und Göttingen. Die Arbeit der ehrenamtlichen Mitglieder der Geschichtswerkstätten regelmäßige Öffnungszeiten, Führungen und Sonderausstellung wird ohne finanzielle Unterstützung geleistet. Die Gedenkarbeit wird von allen Beteiligten gewürdigt und die politische Notwendigkeit gesehen, aber wenn es um Geld geht, sieht das anders aus.

Wir haben wie in den Vorjahren im Rahmen der Haushaltsberatung einen Zuschuss von 12.500.- Euro für die Träger der Ausstellung beantragt. Unsere Idee ist, daß die Stadt Göttingen und der Landkreis Göttingen auch gemeinsam Personalkosten für die Ausstellung finanzieren. Im Rahmen einer wieder ganz großen Koalition aus SPD/CDU/GRÜNEN und Freien Wählern ist ein Zuschuss auch in diesem Jahr abgelehnt worden. Diese Ablehnung hat nicht mit fehlendem Geld zu tun. Scheinbar hat mal wieder die falsche Fraktion den Zuschuss beantragt. Sich bei einem solchen Thema so kleinkariert zu verhalten ist ein Skandal.

Gedenkweg zur Helmetalbahn

Im Rahmen der Verlagerung der Rüstungsproduktion zum Ende des Zweiten Weltkrieges sind eine Vielzahl an Rüstungsbetrieben in den Harzbereich verlagert worden. In diesem Zusammenhang ist auch das Lager KZ-Mittelbau-Dora errichtet worden. Der Transport von Arbeitskräften, Rüstungsmaterialien und fertigen Waffen erfolgte mit der Eisenbahn.

Hierbei stellte sich heraus, dass die bestehende Eisenbahnstrecke von Nordhausen, über Wolfleben, Elrich, Walkenried nach Osternhagen nicht ausreichend für den steigenden Eisenbahnverkehr war.

Um den normalen Eisenbahnverkehr von dem Rüstungsverkehr zu trennen, beschlossen die NS-Machthaber den Bau einer neuen zweispurigen Eisenbahnstrecke von Nordhausen über Hesserode, Günzerode, Mackenrode, Nüxei nach Osternhagen. Die Strecke wurde im Helmetal gebaut. Die Arbeiten begannen im März 1944.

Die Arbeiten wurden von Häftlingen des KZ-Mittelbau Dora, die in zwei SS-Baubrigaden eingeteilt wurden, verrichtet. Häftlinge aus Belgien, Deutschland, Jugoslawien, Frankreich, Holland, Polen, Rußland und Ungarn wurden zum Bau eingesetzt.

2500 KZ-Häftlinge leisteten in dem Winter 1944/45 schwerste körperliche Arbeiten. Die Erdarbeiten, Brückenarbeiten und der Bau der Gleisanlage wurden ohne technisches Gerät in Handarbeit verrichtet. Von den eingesetzten ca. 2500 Häftlingen überlebten weniger als die Hälfte die Zwangsarbeit. Ein großer Teil ist auch auf den Todesmärschen durch den Harz oder im Rahmen des Massenmordes in einer Scheune bei Gardelegen ermordet worden.

Dazu haben wir einen Gedenkweg von Osterhagen bis Mackenrode/Landesgrenze Thüringen zur Geschichte der Helmetalbahn und der KZ-Außenlager bzw. SS-Baubrigaden beantragt. Auf einem ca. 5 Kilometer langen Weg auf der ehemaligen Eisenbahnstrecke sollte an das Leid der KZ-Häftlinge erinnert und die Geschichte der Helmetalbahn dargestellt werden. Eine Weiterführung des Gedenkweges in den Landkreis Nord-

hausen soll angestrebt werden, hierzu ist unter anderem eine Zusammenarbeit mit der KZ Gedenkstätte Dora-Mittelbau wünschenswert. Der Antrag haben wir am 18. Dezember 2018 in den Kreistag eingebracht. Die Idee wird derzeit beim Landkreis beraten.

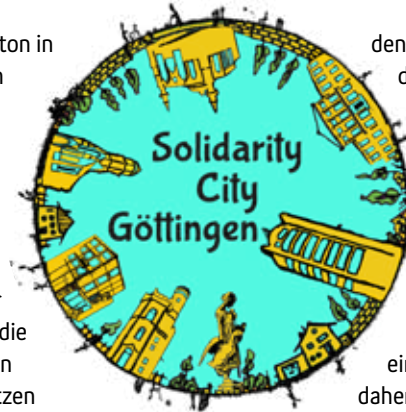


Solidarische Kommune ? Ja, Bitte

Wir beantragten, dass der Landkreis sich dazu bekennen sollte, eine solidarische Kommune zu werden. Das bedeutete weit mehr, als nur Flüchtlinge aufzunehmen. Aber über das vorgeschriebene Maß Zuflucht

zu gewähren, wäre ein erster Schritt gewesen. Die weiteren Schritte hätten dann gemeinsam mit den Familien der Flüchtlinge gemacht werden können. Wir im Landkreis haben dafür eine funktionierende Infrastruktur.

Die Situation in weiterhin Euro-gewor-immer im 2002 bis Festung wenn der ges oder die Überleben unterstützen Aktionen.



den Kriegsgebieten ist dramatisch. Da aber pa eine Festung den ist, ertrinken mehr Geflüchtete Mittelmeer: von Heute 35.000. Die schreckt nicht ab, Schrecken des Kriernackte Angst um das einen fortreibt. Wir daher z.B. die Seebrücke-

Unser Antrag bedeutete, die Familien unter Anwendung von geregelten Verfahren zusammenzuführen, damit sie nicht den tödlichen Weg über das Mittelmeer versuchen müssen. Um Solidarität und Teilhabe zu ermöglichen müssen Familien zusammenleben können und in ein eigenständiges Leben begleitet werden.

Der Aufruf, als Kreistag gemeinsam Humanität und Solidarität nicht nur zu erklären oder zu fordern, sondern auch entsprechend politisch weit-sichtig zu handeln verhalte: Der Antrag wurde abgelehnt.

Glyphosat - Nein Danke!

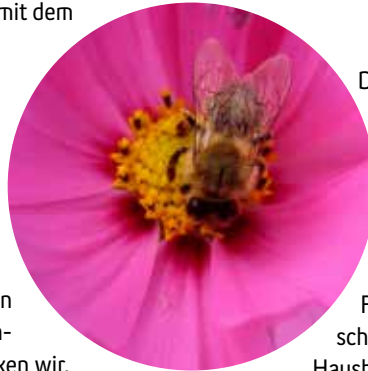
Anfang dieses Jahres haben wir den Antrag gestellt, dass der Landkreis Göttingen ein glyphosatfreier Landkreis werden soll. Dem vorangegangen war eine Anfrage zur Verwendung glyphosathaltiger Mittel im Landkreis, u.a. auf den landkreiseigenen Flächen.

Ziel des Antrags war es vor Ort ein Bündnis mit dem Ziel zu initiieren, welches gemeinsam daran arbeitet, den Einsatz von Glyphosat zu minimieren und letztendlich komplett einzustellen. Wir finden, dass andere Methoden zur „Unkrautvernichtung“ Vorrang haben sollen und diese Alternativen genutzt werden sollen.

Die GroKo in Berlin möchte auch Alternativen fördern und „so schnell wie möglich“ den Einsatz von Glyphosat beenden. Allerdings denken wir, dass der Landkreis Göttingen mit einem guten Beispiel vorangehen kann.

Die Gruppe SPD/Grüne/Freie Wähler nahm unsere Anfrage als Grundlage um ihren Antrag „Den Einsatz von Glyphosat ablehnen“ zu stellen. Dieser beinhaltet die Beauftragung der Verwaltung bei Pachtverträgen darauf zu achten, dass der Einsatz von Glyphosat oder anderen chemischen Pflanzenschutzmitteln ausgeschlossen wird.

Wir finden, dass dieser Antrag nicht weit genug reicht, finden es aber gut,



dass wir einen Kreistagsbeschluss nochmal bekräftigen durften. Dieser Antrag geht uns zwar nicht weit genug, aber in die richtige Richtung, so dass er auch mit unseren Stimmen beschlossen wurde.

Ein Hoch auf die gute fachliche Praxis!

Haushalt 2019: Geld für gute Politik wäre da.

Die Verwaltung hatte einen Haushaltsentwurf mit Ausgaben und Einnahmen von über 626 Millionen Euro vorgelegt. Wichtig war auch, daß der Plan einen Überschuss von 476.000.- Euro vorsah.

Beim ersten Blick eine gute Ausgangssituation für die Beratung. Dazu kam, daß der Landkreis Göttingen aus den Vorjahren bis 2017 eine Überschussrücklage von ca. 16,5 Millionen Euro hat.

Für das derzeit laufende Haushaltsjahr wird es auch einen Überschuss geben. Die Überschüsse aus den Vorjahren wurden nicht in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen. Wenn man diese Beträge anschaut, dann ist die finanzielle Lage des Landkreises gut, es ist Geld für gute Politik da.

Ein wichtiges Thema bei der Haushaltsberatung sind die sogenannten freiwilligen Leistungen. Aufgrund des Zukunftsvertrages mit dem Land Niedersachsen dürfen die freiwilligen Leistungen eine Quote von 1,5% des Gesamthaushaltes nicht überschreiten.

Oft war es so, wenn wir Anträge stellten der Hinweis kam, daß aufgrund der 1,5% Regelung - eine Förderung nicht möglich sei. Eine Ausrede der

anderen Fraktionen, wenn sie aus politischen Gründen Förderungen nicht wollen.

Der Personalrat hat die Zustimmung zum Stellenplan des Landkreises mit Hinweis auf Überlastung und Mehrarbeit von Beschäftigten verweigert. Wir haben die Argumente der Arbeitnehmervertretung aufgegriffen und zusätzliche Einstellungen in den Bereichen der Personalverwaltung und IT gefordert. Ebenso wollten wir, daß der Behindertenbeauftragte nicht für eine Aufwandsentschädigung tätig wird, das ist derzeit so, sondern für diese Aufgabe im Stellenplan eine Stelle geschaffen wird.

Verweigert wurden Zuschüsse für die Geschichtswerkstätten Duderstadt und Göttingen für die Ausstellung zur Zwangsarbeit in Südniedersachsen. Die von uns beantragte Erhöhung der Zuschüsse für Beratungsstellen, für die Arbeitslosenberatung, Lebenshilfe und Caritas Duderstadt wurden ebenfalls abgelehnt.

Aufgrund der guten finanziellen Situation des Landkreises sind wir der Ansicht, daß die Gemeinden und Städte im Landkreis unterstützt werden sollten. Hierzu haben wir ein Investitionsförderprogramm in Höhe von 4 Millionen Euro beantragt. Geld ist dafür da, siehe die Rücklagen aus den Vorjahren. Die Gemeinden hätten dann die Möglichkeiten den Bau von Kindergärten und Krippen, Feuerwehrhäusern oder Dorfgemeinschaftshäusern vorzuziehen. Leider bekam dieser Vorschlag ebenfalls keine Unterstützung der andern Fraktionen.

Fazit: Eine Vielzahl von Vorschlägen und Ideen, die anderen helfen würden und auch finanzierbar sind, werden aber leider von der falschen Gruppe im Kreistag eingebracht. Schade!!!!

Die Kreismusikschule braucht eine unbefristete Zukunft mit tariflicher Bezahlung

Nach zurückliegenden Chaosjahren in der Kreismusikschule hat der Kreistag gegen unsere Stimmen mit dem Beschluss, für 2022 die Schließung der öffentlichen Schule anzudrohen, die Lage weiter verschärft. Ein Resultat: Frau Alina Kirichenko hat ihre Stelle als Schulleiterin der Kreismusikschule gekündigt. Diese Stelle hatte sie erst am 1.4.2018 angetreten. Als sie ihren Arbeitsvertrag unterschrieb, ging sie davon aus, über Jahre die Kreismusikschule weiterentwickeln zu können.

Diese Kündigung stürzt die Kreismusikschule in die nächste Krise. Die Kreismusikschule spielt eine bedeutende Rolle in der Vermittlung von Kenntnissen und Freude an der Musik bei Jung und Alt im Landkreis. Ein zu schmaler Geldbeutel soll kein Grund sein, ein Musikinstrument nicht lernen zu können oder an einem Chor teilzunehmen. Weil die MusiklehrerInnen mit viel Engagement, fachlichem und pädagogischen Geschick ihrem Beruf nachgehen, ist die Kreismusikschule nicht nur bei den knapp 2000 Schülerinnen und Schülern im Landkreis hoch angesehen und beliebt.

In unverantwortlicher Weise nimmt die ganz große CDU/SPD/Grüne/FWG-Mehrheit im Kreistag die Zerstörung der Kreismusikschule in Kauf. Diese Mehrheit verlangt von den Musiklehrerinnen auf einen Tarifvertrag mit den üblichen sozialen Leistungen zu verzichten und will ihre Zustimmung zu Honorarverträgen erpressen. Dadurch würden die MusiklehrerInnen ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ohne Mutterschutz, betriebliche Altersversorgung, Feiertagslohnfortzahlung, Bildungsurlaub, Personalvertretung, Kündigungsschutz, Arbeits-

losenversicherung, Berufshaftpflicht vom Arbeitgeber, regelmäßige Gehaltssteigerungen entsprechend den Tarifverhandlungen, Berufliche und finanzielle Aufstiegsmöglichkeiten, Bezahlter Urlaub und Jahressonderzahlung dastehen.

Eine den Bedürfnissen der Musikschule genügende Neubesetzung der Schulleiterstelle einschließlich der Geschäftsführung ist unter diesen Umständen nicht möglich. Erst muss der Beschluss, die Kreismusikschule zu schließen, zurückgenommen werden. Gespräche mit der Gewerkschaft

ver.di über die Weitergeltung des Tarifvertrages müssen aufgenommen werden. Dann finden sich auch geeignete Bewerberinnen und Bewerber auf eine solche Stelle.

Aber auch unter kommunalpolitischen Gesichtspunkten ist die Gefährdung der Kreismusikschule ein Rückschritt weit ins letzte Jahrhundert. Vielmehr müsste

die Förderung öffentlicher Musikschulen zur kommunalen Pflicht werden. Außerdem ist eine bessere Landesförderung geboten.



Das geplante niedersächsische Polizeigesetz kriminalisiert Oppositionelle

Eine Resolution zum neuen Niedersächsischen Polizeigesetz im Kreistag, warum?

Dieser Gesetzesentwurf wandelt das Gesetz zur Sicherheit und Ordnung in ein Polizeigesetz. Eine Veränderung des Schwerpunktes. Wir alle und nicht nur die radikale Linke sind davon betroffen.

Es entsteht ein Polizeiapparat mit Befugnissen, die bisher höchstens Geheimdienste hatten, unter parlamentarischer Kontrolle. Die neuen Gesetze geben der Polizei Waffen, wie sie das Militär hat. Die Vollstreckungsbeamten erhalten Eingriffs- und Zugriffsrechte, wie sie in einem Rechtsstaat nur Staatsanwälte und Richter haben dürfen. Die neuen Polizeigesetze machen aus der Polizei eine Armee des Inneren. Es besteht der Eindruck, dass hier Vorbereitungen getroffen werden sollen, um große Streiks oder Proteste zu bekämpfen, wie es totalitäre und autokratische Regime auch als Instrumente haben.

Nachdem sich Polizeipräsident Lührig lobend zum Gesetzes-Entwurf geäußert hat, ist es notwendig, auch der Kritik eine gewichtige Stimme zu verleihen und die geplanten Einschränkungen unserer Grundrechte zu verhindern. Die Verfassungsrechtlichen Bedenken vieler Fachjuristen missachtet die CDU/SPD-Landesregierung.

Es wäre wichtig gewesen, dass wir - die Abgeordneten des Kreistags, wie es auch der Göttinger Stadtrat machte - uns laut und klar äußern und zum Ausdruck bringen, dass wir die grundgesetzlich garantierten Rechte nicht eingeschränkt sehen möchten, und dass wir eine offene und kritische Demokratie wünschen.

Die Notwendigkeit hier über Parteigrenzen hinaus gemeinsam Stellung zu beziehen wurde nicht erkannt. Dieser Antrag wurde am 30. Oktober vor allem von SPD und CDU abgelehnt.

#noNPOG

Schulentwicklungsplanung: Es bleibt alles wie bisher

Erstmals überhaupt wurde von Seiten der Landkreis-Verwaltung ein Entwurf eines Schulentwicklungsplans für die allgemeinbildenden Schulen des Kreisgebiets (ohne die Stadt Göttingen) für den Zeitraum bis 2021 vorgelegt. und in der Schulausschuss-Sitzung am 18.10. vorgestellt. Das mit Anlagen 39 Seiten fassende Gesamtkunstwerk lässt sich mit einem Satz zusammenfassen: Es soll alles so bleiben wie es ist, die bisherige Schulpolitik wird unverändert fortgesetzt.

Hauptkritikpunkt von unserer Seite ist, dass es außerhalb des Göttinger Umlandes nicht möglich ist, Integrierte Gesamtschulen zu besuchen, da das Schulangebot in Hann. Münden, dem Eichsfeld und dem Altkreis Osterode nur das gegliederte Schulsystem vorsieht. Die kirchliche IGS in Duderstadt wird nicht vom Landkreis übernommen und ist von einer Schließung bedroht.

Auch der zuletzt gerade von zahlreichen Eichsfelder Eltern angesichts der drohenden Schließung der IGS geäußerte Wunsch nach dieser Schulform, wurde schlichtweg ignoriert. Auch die Überlegung die KGS Gieboldehausen in eine IGS umzuwandeln, wird nicht aufgegriffen, auch weil sie von

dieser Schule abgelehnt wird. Allerdings könnte eine mögliche Schließung der Duderstädter Hauptschule, bei der in den nächsten Jahren nur noch eine durchschnittliche Jahrgangsbreite von 14 Schülern erwartet wird, Bewegung in die Schullandschaft bringen, wobei eine von den Duderstädter Oppositionsfractionen ins Gespräch gebrachte Fusion mit der Realschule durch den Widerstand beider Schulen verworfen wurde.

Auch wenn die drohenden Schulschließungen der Oberschulen und damit der Verlust der Altkreis-Osteröder Schulstandorte in Hattorf und Badenhausen (Gemeinde Bad Grund) vorerst abgewendet scheint, sind solche Schulschließungen nicht vom Tisch und sollten laut ursprünglichen Entwurf bei (drohendem) Verlust der Zweizügigkeit allein vom Landrat verfügt werden. Da es hieran heftige Kritik gegeben hatte, sah die endgültigen Fassung die ursprüngliche Zuständigkeit des Kreisausschusses wieder vor.

Immerhin wurde der Entwurf mehrfach im Schulausschuss besprochen, auch eine öffentliche Anhörung am 1.11. hat es gegeben. Zu Wort meldeten sich vor allem die betroffenen Schulen: KGS Gieboldehausen, Realschule und die von der Schließung bedrohte Hauptschule Duderstadt wollen naturgemäß keine Veränderung der Situation. Die Oberschulen in Hattorf und Badenhausen wehren sich gegen die drohende Schließung.

Unsere Änderungsanträge konzentrierten sich auf folgende Punkte:

1. Einrichtung von neuen IGS in Duderstadt und Dransfeld.
2. Bekenntnis gegen die Schließung von Schulstandorten. Schließungen nur durch Kreistagsbeschluss.
3. Bessere digitale Ausstattung von Schulen.

Unsere Anträge wurden abgelehnt, der Schulentwicklungsplan dann von einer großen Koalition aus verwaltungsnaher Gruppe SPD, Grüne, FWLG sowie der CDU am 29.11. im Schulausschuss gegen die Stimme unsereres Vertreters beschlossen.

Seeburger See

Im letzten Jahr beauftragte der Landkreis Göttingen Dr. Christine Heim, welche mit Hilfe von Studierenden der Georg-August-Universität, den Seeburger See bzw. das gesamte Naturschutzgebiet untersucht.

Im Mai wurde unser Antrag, der drei Verbesserungsvorschläge für den See beinhaltete, im Umweltausschuss beraten.

Die anderen Fraktionen sehen zwar die kritische Lage des Sees, allerdings seien diese Vorschläge nicht zielführend und können nicht zu einer Verbesserung der Problematik beitragen.

Letztendlich wurde im Umweltausschuss im Oktober ein Antrag für einen Runden Tisch zur Situation des Seeburger Sees gestellt. Diesen Antrag hat die Gruppe aus SPD/Grünen/Freie Wähler genommen um einen Änderungsantrag zu stellen. Die Verwaltung wurde gebeten, Gespräche mit der Samtgemeinde Radolfshausen und dem Zweckverband Seeburger See zu führen, mit dem Ziel ein Leaderprojekt zu initiieren, welches sich mit der Zukunft des Sees auseinandersetzt.

Wir finden, dass alle Beteiligten Gespräche führen sollten und hoffen, dass der Seeburger See weiterhin Teil der Diskussion bleibt.

Sparkasse - krachende Niederlage für Landrat Reuter und SPD/GRÜNE/FWG im Kreis Göttingen

Die Idee war, eine Sparkasse für Südniedersachsen zu schaffen. Da die Sparkasse Göttingen von Anfang an erklärte, sie wolle da nicht mitmachen, ging es um die Sparkassen in Osterode, Bad-Sachs, Duderstadt und Münden.

Auf den Weg gebracht hat diese Diskussion der Landrat Bernhard Reuter und einige Getreue in der Gruppe SPD, GRÜNE und Freie Wähler, nicht zu vergessen in Verbindung mit einigen Vorständen aus den Sparkassen. Vorstandsgehälter richten sich nach der Bilanzsumme der Sparkasse, je größer die Sparkasse, desto höher die Vorstandsgehälter.

Mit dem Fusionsprozess wurde die Firma zeb-Münster beauftragt. Ein Beratungsbüro, das sich auf das Thema „Fusion von Sparkassen“ spezialisiert hat. Die Firma zeb hat für diesen Auftrag eine Betrag von 600 000.- Euro von den Sparkassen erhalten. Von Anfang an war klar, daß im Rahmen der Beratung nicht Alternativen geprüft werden, sondern nur die Möglichkeit der Fusion der Sparkassen im Raum stand.

Das Ergebnis etwas verkürzt:

Sparkasse Duderstadt:	Sparkasse Osterode
Stab des Vorstandes	Vorstand
Personalmanagement	Revision
Organisation	Unternehmensteuerung
	Vertrieb
	Beauftragtenwesen/Compliance

Sparkasse Münden

Große Leere an der Stelle , lieber: Nichts!!

Bezogen auf das Personal bedeutet dieser Vorschlag, daß in den Sparkassen in Osterode und Duderstadt die Anzahl der Stellen gleich bleiben bzw. in Osterode sogar zusätzliche Stellen geschaffen werden. Bluten muss die Sparkasse Münden. In Münden sollen von den 105 derzeitigen Stellen zukünftig nur noch 69 Stellen vorhanden sein. Da es sich dabei um Vollzeitstellen und eine große Zahl an Teilzeitkräften dort tätig sind, waren etwa 50 Personen hiervon betroffen.

Gegen die Fusion haben der Verwaltungsrat der Sparkasse Osterode, der Stadtrat Bad-Lauterberg und der Stadtrat Duderstadt gestimmt. Da die Fusion ohne die Zustimmung der Stadt Duderstadt nicht möglich ist, war das Projekt an der Stelle beendet.

Im Rat der Stadt Duderstadt haben sich am 4.12. von den 35 Mitgliedern 29 gegen eine Fusion, drei dafür ausgesprochen und drei Mitglieder haben sich enthalten. Die Ablehnung in Duderstadt hat nichts damit zu tun, daß man der Ansicht war, daß das Verhandlungsergebnis schlecht, sondern mit der Einschätzung, daß die Sparkasse so gut aufgestellt ist, daß sie auch zukünftig bestehen kann.

Was haben wir als Gruppe gemacht?

Nach Gesprächen mit ver.di und Personalräten der Sparkassen war uns klar, das die großen Verlierer der Fusion die Beschäftigten der Sparkasse Münden sind. Deshalb hätte die Gruppe dem Verhandlungsergebnis nicht zugestimmt. Auch befürchten wir den Verlust von Bürgernähe bei den beteiligten Sparkassen.

Die Fusion an der Tatsache ist gescheitert, daß von Anfang an mögliche Alternativen nicht geprüft worden sind. Das Ziel war von Anfang an auf eine Fusion angelegt und die Beschäftigten sollten die Fusion finanzieren.

Was erwarten wir von Sparkassen:

Sparkassen sollten weiterhin vor Ort präsent sein und die Bankdienstleistungen für alle Gruppen, so auch für den immer wieder beschriebenen „kleine Mann“ anbieten. Jeder sollte die Möglichkeiten haben, bei einer Sparkasse ein Konto einzurichten zu können.

Die Sparkasse soll für vernünftige Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sorgen. Und wenn die Gewinnsituation gut ist, sollen die Sparkasse ein Teil des Geldes an die Städte und den Landkreis abführen.

Dafür sind keine Prachtbauten und Vorstandsgehälter von 240.000.- Euro im Jahr notwendig.

